

# Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 174 Berlin und Bonn

20. August 2026



ISSN 2699-9749



**Broemme  
meint**

## Vegetationsbrände

(BS) Die Nachrichten waren voller Berichte über dramatische Situationen im Zusammenhang mit Vegetationsbränden. Vielen Menschen wurde dabei bewusst, dass die von ihnen ausgehenden Gefahren nicht zu unterschätzen sind – insbesondere dann, wenn Vegetationsbrände eine bestimmte Größe erreichen. Dann kämpfen Hunderte Feuerwehrleute, unterstützt von Hilfsorganisationen und dem THW, gegen die Flammen.

Mit den bisherigen Methoden gelingt das jedoch nur bedingt. Solange es der Forstwirtschaft nicht gelingt, bei der Prävention maßgebliche Fortschritte zu erzielen – ich verweise hier auf eine Studie aus Mecklenburg-Vorpommern mit sehr konkreten Ergebnissen –, solange nicht rechtzeitig ausreichend Löschflugzeuge eingesetzt werden können und die Detektion nicht weiter optimiert wird, werden wir auch in Deutschland zunehmend größere Vegetationsbrände erleben. Das ist längst nicht nur ein Problem Südeuropas. Auch die heimischen Kiefernwälder bieten ideale Bedingungen für die Ausbreitung von Vegetationsbränden.

Entscheidend sind daher eine frühzeitige Detektion, wirksame Prävention und Investitionen in eine moderne Forstwirtschaft, die nicht allein den wirtschaftlichen Profit im Blick hat. Ebenso wichtig sind leistungsfähige Feuerwehren.

## Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

## Es brennt an allen Ecken



(BS) Sommerzeit ist Vegetationsbrandzeit. Wie jedes Jahr brennen die Wälder, Moore und ganze Landstriche. Dieses Jahr hat sich eine neue Dynamik entwickelt. Die Feuer rücken näher an Ortschaften. Nicht nur Südeuropa ist betroffen. Auch Deutschland muss sich in Zukunft anders bei der Gefahrenabwehr aufstellen.

Foto: BS/Adobe.stock.com

Rauch liegt in der Luft. Selbst die NINA-Warn-App warnt im über 80 Kilometer entfernten Bonn vor Geruchsbelästigung. Der Waldbrand im Hohen Venn an der deutsch-belgischen Grenze ist spürbar. Die Bewohnerinnen und Bewohner im beschaulichen Städtchen Monschau erleben den Schrecken hautnah. Zwar ist die Ortschaft noch nicht direkt betroffen, aber vorsorglich wurden mehrere Straßenzüge mit sofortiger Wirkung evakuiert. Deutsche Einsatzkräfte leisten grenzübergreifende Hilfe in Belgien. Das Technische Hilfswerk (THW) unterstützt ebenso im Hürtgenwald mit Wasser- und Kraftstofflogistik sowie Fachberatern.

Dies ist kein Einzelfall in Deutschland oder Europa. Spanien, Frankreich kämpfen schon seit Beginn des Sommers mit dem Feuer. So mussten im Südwesten Frankreichs über 200.000 Menschen Bordeaux verlassen, da sich der Vegetationsbrand auf wenige Kilometer heranarbeitete. Das Europäische Zentrum für mittelfristige

Wettervorhersage (EZMW) führt als Grund die im Juli anhaltende Hitze und Trockenheit in Westeuropa für die Ausbreitung und Verschärfung extremer Waldbrände an. Westeuropa erlebte den heißesten Juni und Juli seit Beginn der Aufzeichnungen, und im Juli kam es zur dritten und vierten Hitzewelle seit Mai, was eine außergewöhnliche Serie extremer Hitze in diesem Sommer bedeutete, so das EZMW. In großen Teilen der Region hielt die bereits im Mai und Juni beobachtete weit verbreitete Trockenheit an und verschärfte sich noch: Aus Frankreich, Spanien, Teilen Deutschlands und dem Vereinigten Königreich wurden außergewöhnlich geringe Niederschlagsmengen bzw. geringe Bodenfeuchte gemeldet.

Ähnliche Meldungen kommen auch vom Deutschen Wetterdienst (DWD). Die teils extremen Temperaturen führten dazu, dass die Anzahl der Tage im Jahr 2026 bis einschließlich 2. August,

*Fortsetzung auf Seite 2*

*Fortsetzung von Seite 1*

an denen der Waldbrandgefahrenindex mindestens Stufe 4 von 5 (hoch) erreicht wurde, im Deutschlandmittel bei rund 22 lag. Im Mittel von 1991 bis 2020 sind es bis zum 2. August nur etwa zehn Tage.

Die Brände sind noch nicht gelöscht, aber es regt sich schon Kritik. So fordert die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft (dfeug) in einer ersten Stellungnahme eine Weiterentwicklung von Ausstattung, Ausbildung, Personal und überörtlicher Zusammenarbeit. Entscheidend sei nun, daraus ein flächendeckendes Gesamtsystem zu entwickeln. Spezielle Ausstattung wie geländegängige Fahrzeuge, Löschrucksäcke, Pumpen oder Drohnen sei bislang nicht flächendeckend vorhanden. Auch bei Ausbildung und Schutzausrüstung bestehe Nachholbedarf. „Unsere Aufgabe ist es jetzt, den Einsatzkräften dafür Ausbildung, Technik und Strukturen zur Verfügung zu stellen“, fordert René Hill, stellvertretender Landesvorsitzender NRW der dfeug.

In eine ähnliche Kerbe schlägt auch Dr. Ulrich Cimolino, Leiter der vfdb-Expertenkommission Dynamische Schadenslagen und des AK Waldbrand im Deutschen Feuerwehrverband (DFV) sowie Mitglied der Forest Fire Commission im Internationalen Verband der Feuerwehren CTIF (Comité Technique International de prévention et d'extinction de Feu). Da grundsätzlich die Feuerwehren vor Ort für die Gefahrenabwehr zuständig sind, tragen diese – meist freiwilligen – Feuerwehren die Last der Vegetationsbrandbekämpfung. Zwar sei in den vergangenen Jahren bei den Feuerwehren in Sachen Vegetationsbrand viel passiert, aber es gebe noch Bereiche, in denen Mängel vorhanden seien. Cimolino listet u. a. leichte Schutzkleidung – die eigentlich für jeden vorgeschrieben wäre, wie er unterstreicht –, mehr Zusatzbelastungssätze Vegetationsbrand für geeignete, kleinere und wendige Fahrzeuge sowie mehr spezielle Sonderfahrzeuge, die geschützte Leitungen haben und voll geländegängig sind, und mehr geschützte (bzw. gepanzerte) Fahrzeuge für die Arbeit auf Munitionsverdachtsflächen auf. In Niedersachsen hat man die Zeichen der Zeit ge-

sehen, dass in Zukunft Vegetationsbrände häufiger auftreten werden. „Dies bedeutet, dass es erforderlich ist, entsprechende Technik und Ausrüstung vorzuhalten, aber auch die Einsatzkräfte in der Vegetationsbrandbekämpfung zu schulen“, heißt es auf Anfrage aus dem Innenministerium in Hannover. Man habe zur Verknüpfung der Akteure schon 2019 die „Expertenkommission Waldbrand“ ins Leben gerufen. Zudem soll die Aus- und Fortbildung weiter ausgearbeitet werden. Um die schnelle und professionelle Unterstützung der kommunalen Feuerwehren zu gewährleisten, sind vom Land verschiedene Einheiten und Fachmodule aufgestellt worden.

**Gleiches Verständnis**

Ausstattung ist jedoch nur eine Komponente. „Alle Einsatz- und vor allem alle Führungskräfte müssen wissen und verstehen, was bei Vegetationsbränden anders als bei Zimmerbränden ist“, sagt Cimolino. „Es muss das Verständnis wachsen, dass insbesondere bei dynamisch verlaufenden Einsätzen, die schnell größer werden, besondere Risiken beinhalten (gefährdete Infrastruktur, Munitionsverdachtsflächen) und/oder in topographisch schwierigem Umfeld die Möglichkeiten „normal“ zudem Thema aus- und fortgebildeter Einsatzkräfte schnell überschritten werden“, so der Experte weiter. Hier müsse frühzeitig auf Spezialisten zurückgegriffen werden.

„In der Organisation haben wir erkannt, dass wir mehr mit gleichen Standardkomponenten arbeiten müssen“, sagt Cimolino. Ergebnisse liegen dafür schon vor. Er verweist u. a. auf das Rahmenkonzept Fähigkeitsmanagement von Bund und Ländern (FäM), das sich über die Webseite des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) findet. Er kritisiert aber, dass unterschiedlich viel an den Landesfeuerwehrschulen dazu unterrichtet, eigene Unterlagen erstellt oder andere verwendet werde. Es gebe unterschiedliche Konzepte der Unterstützung der Feuerwehren, von einzelnen Bezuschussungen von Einzelfahrzeugen bis hin zur Landesbeschaffung von unterschiedlich viel Spezialfahrzeugen. Es herrsche zu oft völlig fehlerhafte Vorstellungen zur Wirk-

samkeit von Taktiken bzw. technischen Einsatzmitteln vor, die zu oft auf eigenen Erfahrungen bei wenigen konkreten Lagen beruhten.

**Jedes Jahr grüßt die Löschflugzeugdebatte**

Die Debatte um die Vorhaltung von Löschflugzeugen in Deutschland ist lang. In den vergangenen Jahren wurden über rescEU Flugzeuge in Niedersachsen stationiert. Jedoch gibt es keine Flugzeuge, die dauerhaft vorgehalten werden. Auf Anfrage heißt es aus dem niedersächsischen Innenministerium: „Mit dem Auslaufen des Projektes und der anschließenden Auswertung ergab sich, dass aus niedersächsischer Sicht die Vorhaltung von Löschflugzeugen, die in dem Zeitraum von einer Ausnahme abgesehen ausschließlich in anderen europäischen Ländern eingesetzt werden, nicht zielführend ist.“

Hauptsächlich kommen Helikopter mit Außenlasthaken zum Einsatz. Allerdings sei deren Anforderung verbesserungswürdig, kritisiert Cimolino. „Diese Verfahren der Luftunterstützung sind zu unterschiedlich, meist viel zu lange dauernd und die Kostenfrage ist für die kleinen Gemeinden in v. a. den östlichen Bundesländern verheerend!“, so Cimolino.

In vielen Bundesländern gebe es zudem praktisch noch keine geplanten Schnittstellen für die Koordination des Einsatzes von Luftfahrzeugen zusammen mit der Einsatzleitung in einem eigenen Einsatzabschnitt und auch mit der Möglichkeit, Luftfahrzeuge ohne BOS-Funk über Flugfunk ansprechen zu können, da weder die Bundeswehr noch private Anbieter – mit Ausnahme der SAR-Helikopter – BOS-Funk haben. „Dies kann zu gefährlichen Situationen sowohl im Flugbetrieb, aber auch v. a. für die Kräfte am Boden führen!“, warnt Cimolino. Diese Problematik wurde zumindest in Niedersachsen erkannt.

„Aber niemand hat auch nur einen Gedanken darauf verwendet, wie die beschriebenen Probleme in der Anforderung, Finanzierung, aber v. a. auch in Führung und Leitung im Einsatz in Deutschland, v. a. im Zusammenhang mit dem Einsatz von verschiedenen Luftfahrzeugen, endlich gelöst werden sollen“, merkt Cimolino an.

## Ziele und Aufgaben des LfB

(BS) Das bayerische Landesamt für Bevölkerungsschutz (LfB) wurde im April dieses Jahres gegründet. Der Aufgabenzettel von LfB-Präsident Wolfgang Zacher ist lang. Im Gespräch erklärt er die Aufgaben des neuen Landesamtes und was das LfB anders als seine Partnerämter in Niedersachsen oder Rheinland-Pfalz macht. Zudem zeigt er bisherige Schwachpunkte im Hilfsleistungssystem auf. Die Fragen stellte Bennet Biskup-Klawon.

**Behörden Spiegel:** Was waren die Hintergründe zur Gründung des Landesamtes?

**Wolfgang Zacher:** Wir haben festgestellt, dass wir zwei Bereiche verstärkt in den Blick nehmen müssen. Das eine ist – auch bedingt durch den Klimawandel – die zunehmende Größe und Dauer von Katastrophenschutzlagen. Die Lagen werden großflächiger und dauern länger an als bisher. Das bringt uns zu der Aufgabe, die Einsatzkräfte in den Rettungs- und Hilfsorganisationen und bei den Feuerwehren regionsübergreifend zu koordinieren und notwendige Unterstützung herbeizuführen. Dieses Thema müssen wir künftig noch besser in den Griff bekommen.

Das zweite große und zunehmend aktuelle Thema ist die Zivile Verteidigung und der Schutz Kritischer Infrastrukturen. Die Zivile Verteidigung umfasst eine sehr große Bandbreite an Aufgaben. Diese Koordinierungsaufgabe soll künftig hier im Landesamt wahrgenommen werden.

**Behörden Spiegel:** Über welche Kompetenzen verfügt das Landesamt? Kann das Landesamt, ähnlich wie in Rheinland-Pfalz das Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz (LfBK), die Einsatzführung an sich ziehen?

**Zacher:** Das Landesamt ist Teil des Innenministeriums und das Innenministerium ist die oberste Katastrophenschutzbehörde. Die Regelungen im Katastrophenschutz sehen auch die Möglichkeit vor, dass wir die Gesamtsteuerung übernehmen. Das würden wir allerdings nur im

Notfall tun. Die Erfahrung zeigt, dass sich das gestufte Vorgehen bewährt hat: Zunächst ist das Landratsamt als untere Katastrophenschutzbehörde zuständig. Wenn diese Ebene nicht zurechtkommt, wird die nächste Ebene, die Regierung, tätig. Erst wenn eine Lage regierungsübergreifend ist, greifen das Innenministerium oder das Landesamt ein. Dieses Vorgehen hat sich bewährt, die entsprechenden Kompetenzen haben wir aber.

Darüber hinaus sind wir die zentrale Koordinierungsstelle für die Zivile Verteidigung in ganz Bayern. Wir sind auch die Zentralstelle für die Umsetzung des KRITIS-Dachgesetzes. Dazu gehört es, Aufgaben zu identifizieren und entsprechende Maßnahmen zu adressieren. Darüber hinaus haben wir die üblichen Aufgaben als Teil eines Ministeriums: die Vorbereitung von Gesetzgebung, die Priorisierung der Fördermittelvergabe und weitere Themen des Alltagsgeschäfts.

**Behörden Spiegel:** Bevor das LfB gegründet wurde, entstanden in anderen Bundesländern ähnliche Einrichtungen, wie z. B. das LfBK in Rheinland-Pfalz oder das NLBK in Niedersachsen. Stehen Sie im Austausch mit diesen Partnerämtern? Unterscheidet sich Ihr Amt von diesen?

**Zacher:** Wir stehen im Austausch mit den anderen Landesämtern. Nachdem wir nun selbst ein Landesamt sind, gibt es natürlich auch einen entsprechenden Austausch untereinander. Beim Aufbau des Landesamtes haben wir uns angeschaut, wie die Landesämter in den anderen Ländern aufgebaut und strukturiert sind, und versucht, diese Überlegungen in unsere eigenen Planungen einfließen zu lassen.

Allerdings unterscheiden wir uns schon, weil die von Ihnen genannten Landesämter klassische nachgeordnete Behörden der obersten Dienstbehörden, also der Ministerien, sind. Das ist bei uns anders. Wir haben eine Doppelfunktion: Wir sind nicht nur rein operativ tätig, wie es bei einer nachgeordneten Behörde der Fall wäre, sondern zugleich Teil des Innenmi-



LfB-Präsident Wolfgang Zacher unterstreicht die Rolle seines Amtes als Koordinierungsstelle im Behörden Spiegel-Gespräch.

Foto: BS/StMI Bayern

nisteriums und als solcher auch oberste Dienstbehörde.

Das ist eine Doppelfunktion, die vielleicht nicht ganz der reinen Lehre entspricht. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen – insbesondere mit Blick auf die Personalführung und die verfügbaren Haushaltsmittel – ist das aus unserer Sicht jedoch das effizientere Vorgehen, jedenfalls für uns in Bayern.

**Behörden Spiegel:** Welche Aufgaben soll das Amt in Zukunft haben?

**Zacher:** Das Thema der großräumigen Lagen ist nach der Flutkatastrophe 2021 im Ahrtal aufgekommen. Wir hatten dazu im Landtag eine Anhörung, bei der deutlich wurde, dass die Koordinierung bei solchen übergreifenden Lagen verbessert werden muss. Das gilt grundsätzlich für alle Bundesländer. Deshalb haben wir bei uns eine sogenannte Landeseinsatzleitung eingerichtet, die bei großen Lagen diese Aufgabe übernehmen würde.

Fortsetzung auf Seite 4



*Fortsetzung von Seite 3*

Auf solche Lagen bereiten wir uns auch mit großen Übungen vor. Ein weiterer Schwerpunkt ist derzeit der Aufbau der Strukturen für die Zivile Verteidigung. Das ist mittlerweile bundesweit ein großes Thema. Die Zivile Verteidigung umfasst eine große Bandbreite: von der Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen über den Zivilschutz und die Notversorgung der Bevölkerung bis hin zur Unterstützung der Streitkräfte.

Diese vier Säulen gilt es zunächst in den Griff zu bekommen und zu klären, welche Aufgaben sich daraus ergeben und wie wir uns bestmöglich darauf vorbereiten können. Das ist ein ganz großer neuer Schwerpunkt. Das bedeutet aber nicht, dass wir die klassischen Aufgaben – den Rettungsdienst, der in allen Ländern zur Basis gehört, oder das Feuerwehrwesen, das ebenfalls eine Grundlage des Zivilschutzes ist – vernachlässigen. Diese Aufgaben müssen selbstverständlich weiterlaufen.

**Behörden Spiegel:** *Der deutsche Bevölkerungsschutz steht unter dem Druck multipler Krisen – Klimawandel, geopolitische Spannungen oder demografischer Wandel. Reichen die derzeitigen Ressourcen aus, um den Wandel hin zu einer resilienten Gefahrenabwehr zu gestalten?*

**Zacher:** In Bayern haben wir rund 450.000 Einsatzkräfte, davon sind etwa 430.000 ehrenamtlich tätig, etwa in den Hilfsorganisationen und bei der Feuerwehr.

Das ist ein riesiges Reservoir, auf das wir zurückgreifen können, und bei den bisher bekannten Lagen funktioniert das auch hervorragend. Bei lang andauernden Lagen kommen wir allerdings an unsere Grenzen, gerade weil ein großer Teil der Einsatzkräfte ehrenamtlich tätig ist. Diese Ehrenamtlichen müssen im Einsatzfall von ihrer eigentlichen Arbeit freigestellt werden. Das stellt natürlich auch eine Belastung für die Arbeitgeber dar.

Die Frage, die uns momentan zunehmend beschäftigt, ist deshalb: Was passiert bei längerfristigen Lagen? Ein zweiwöchiges

Hochwasser können wir noch stemmen. Wenn wir aber eine Lage der Zivilen Verteidigung hätten, die ein halbes, dreiviertel Jahr oder noch länger andauert, kommen wir an Grenzen. Genau dieses Thema wird derzeit auch bundesweit diskutiert: Wie können wir damit umgehen und die notwendigen Strukturen schaffen?

Bei der Zivilen Verteidigung muss man zudem sehen, dass meiner Einschätzung nach auch im Verwaltungsbereich noch

---

**„Ein zweiwöchiges Hochwasser können wir noch stemmen. Wenn wir aber eine Lage der Zivilen Verteidigung hätten, die ein halbes, dreiviertel Jahr oder noch länger andauert, kommen wir an Grenzen.“**

---

deutlich Ressourcen aufgebaut werden müssen. Die Bandbreite der Aufgaben, die bewältigt werden müssen, ist groß. Hier müssen noch zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden, sonst werden wir die anstehenden Aufgaben nicht rechtzeitig in den Griff bekommen.

**Behörden Spiegel:** *Welchen Stellenwert nimmt der Zivilschutz in Ihrem Amt ein?*

**Zacher:** Der Zivilschutz ist eine Säule der Zivilen Verteidigung. Neben der Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen und der Notversorgung gehört auch der Zivilschutz selbst dazu, also der Schutz der Bevölkerung vor kriegsbedingten Gefahren und Risiken. Er stützt sich auf den Katastrophenschutz. Das ist gewissermaßen die andere Seite der Medaille: Die Einheiten, die den Katastrophenschutz durchführen, werden auch im Zivilschutz tätig sein.

Für diese Einheiten ist das auch kein enormer Wechsel. Ob beispielsweise eine Brücke mit einem entgleisten Zug aufgrund eines technischen Versagens zusammengebrochen ist oder ob ein Sabotageakt dahintersteckt, macht im ersten Schritt für die Hilfsorganisationen keinen Unterschied. Sie müssen die Lage bewältigen.

Beim Thema Zivilschutz bin ich deshalb relativ zuversichtlich, sofern die Lagen

nicht zu lange andauern. Wie bereits gesagt, sind wir bundesweit grundsätzlich gut aufgestellt. Der Katastrophenschutz läuft, ist bundesweit gut organisiert und auch in Bayern gut aufgestellt. Er bildet gewissermaßen die Basis des Zivilschutzes.

Die Zivile Verteidigung ist als eigenes Sachgebiet in diesem Landesamt angesiedelt. Daran sieht man, dass das Thema für uns einen hohen Stellenwert hat. Wir müssen es bei der Konzeption und natürlich

auch bei den Übungen berücksichtigen.

Wenn man sich beispielsweise die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen anschaut, wird deutlich, welche Aufgaben damit verbunden sind. Es muss eine zivile Alarmplanung aufgebaut werden: Wie wird vom Bund bis hinunter zu den Kommunen alarmiert?

Umgekehrt braucht es in die andere Richtung ein Meldewesen, sodass am Ende auf Bundesebene ein umfassendes Lagebild für das Inland entstehen kann. Auch Überlegungen zur Ausweichsitzplanung für Regierung und Staatsverwaltung müssen neu betrachtet werden. All diese Dinge müssen wir in den Blick nehmen.

Die Zivile Verteidigung ist eine Aufgabe des Bundes, und die Länder handeln dabei im Auftrag des Bundes. Das kann also nur in enger Zusammenarbeit funktionieren. Wir versuchen deshalb, für Bayern die konkreten Aufgaben zu identifizieren und zu adressieren.

Das heißt: Wir müssen klären, wer jeweils dafür zuständig ist, die notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, damit am Ende keine Aufgabe unter den Tisch fällt.

*Das Thema Zivile Verteidigung wird auch auf dem kommenden Polizeitag in Düsseldorf am 9. September Thema sein. Hier finden Sie weitere [Informationen](#).*

## Rauch im Datenbild

(BS) Das Fraunhofer-Projekt SmartForestFire entwickelt ein KI-gestütztes Frühwarnsystem zur automatisierten Waldbranddetektion. Ziel ist es, Rauchentwicklungen früher zu erkennen, Fehlalarme zu reduzieren und insbesondere kleinere oder besonders gefährdete Waldgebiete wirtschaftlich überwachen zu können. Entwickelt wird das Vorhaben im Fraunhofer Cluster für kognitive Technologien CCIT; beteiligt sind das Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen IIS und das Fraunhofer-Institut für Materialfluss und Logistik IML.

Der Ansatz setzt auf die Verbindung mehrerer Datenquellen. Kameras erfassen Bild- und Sensordaten, Sensoren messen Umweltparameter, drahtlose Kommunikation überträgt die Informationen, KI-Modelle werten sie aus. Dadurch soll nicht nur ein einzelner Alarm ausgelöst, sondern ein aktuelles Lagebild erzeugt werden. Für Feuerwehren, Leitstellen, Katastrophenschutzbehörden, Forst- und Umweltverwaltungen ist das relevant, weil bei Waldbränden wenige Minuten darüber entscheiden können, ob aus einer ersten Rauchentwicklung ein großflächiger Brand wird.

Kern des Systems ist eine kamerabasierte Bildanalyse. Speziell trainierte, mehrstufige KI-Modelle sollen Rauch frühzeitig erkennen und von Störfaktoren wie Wolken, Nebel oder Staub unterscheiden. Das ist für den praktischen Einsatz entscheidend, weil ein Frühwarnsystem nicht nur sensibel reagieren, sondern zugleich Fehlalarme begrenzen muss. Die KI-Auswertung wird deshalb mit Sensor-, Bild- und Geoinformationen verknüpft. Kontextdaten zu Wetter, Waldzustand, Lage oder Erreichbarkeit sollen helfen, eine mögliche Gefährdung besser einzuordnen.

Die Daten laufen in einer zentralen Visualisierungsplattform zusammen. Dort können Einsatzkräfte und Behörden unter anderem Bild- und Videosequenzen aus unterschiedlichen Zeiträumen, Perspektiven und Zoomstufen einsehen. Ergänzend sollen integrierte Analysen und Informationen zu Lage, Waldzustand, Wetter und Erreichbarkeit abrufbar sein.



*Mit Daten gegen den Waldbrand: Ein Projekt soll das leisten.*

Foto: BS/ Ylvers, [pixabay.com](https://pixabay.com)

Damit verschiebt sich der Nutzen von der reinen Rauchmeldung zur Entscheidungsunterstützung: Die Plattform soll bei der Bewertung der Waldbrandgefahr, bei der Alarmierung und bei der Einsatzplanung helfen.

### Tennenloher Forst als erstes Testgebiet

Für die Datenübertragung nutzt SmartForestFire die vom Fraunhofer IIS entwickelte Funktechnologie mioty. Dabei handelt es sich um eine Low-Power-Wide-Area-Technologie, die auf eine robuste, energieeffiziente und skalierbare Übertragung ausgelegt ist. Sie soll Sensordaten etwa zu Lufttemperatur, Wind, Bodenfeuchte, Rauch oder CO<sub>2</sub> auch dann stabil an Leitstellen übertragen, wenn weite Strecken überbrückt werden müssen, andere Funksysteme in der Umgebung arbeiten oder vorhandene Infrastruktur im Brandfall ausfällt. Zusätzlich wird im Projekt die Positionsbestimmung von Sensoren über Funk getestet.

Erprobt wird das System im Tennenloher Forst bei Erlangen. Das Gebiet gilt wegen trockener Nadelwälder als waldbrandgefährdet; zugleich erschweren schwer zugängliche Flächen und Munitionsbelastung mögliche Löscharbeiten. Seit September 2025 befindet sich dort eine erste Kamera auf einem Funkturm des Fraunhofer IIS im Testbetrieb. Bis Spätsommer 2026 sollen insgesamt drei Kamerastandorte sowie zusätzliche mioty-Basisstationen und Sensoren installiert werden, um größere Flächen überwachen und den Waldzustand besser erfassen zu können.

## NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

### NEWSLETTER

#### [Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

##### [17. August:](#)

- Sicherheit auch in der Sommerpause
- Weniger Gewalt rund um den Fußball

#### [Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

##### [18. August:](#)

- Rheinmetall liefert weitere mobile Rettungsstationen
- Boeing und RTX sollen die Munitionsproduktion ankurbeln

#### [Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

##### [19. August](#)

- KI-Leitfaden für MV
- Gigafactories für EU-Rechenleistung
- Monitoring erst später

#### [Newsletter „Stadt. Land. News.“](#)

##### [12. August:](#)

- Renaissance der Partnerschaft
- Weniger Müll, volle Kassen
- Dürre zwingt in Notbetrieb
- Wärmepläne verfrüht und verspätet

#### [E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Wandel - Berufe zwischen gestern und morgen

### PODCASTS

#### [Podcast „Public Sector Insider“](#)

##### [4. August:](#)

- Eine Frage des Vertrauens: Staat und Verwaltung sollen digitaler werden. Warum nicht auch die Wahlen? Wir sprechen mit Anja Tischer, IT-Strategin bei der Landeshauptstadt München, über den Versuch einer digitalen Personalratswahl – mit allen Hürden und Chancen. Prof. Dr. Mario Martini vom Lehrstuhl für Recht und Digitalisierung an der Universität der Bundeswehr München, erklärt uns, warum es besonders für politische Wahlen vorerst bei Stift und Papier bleiben wird.

## Berliner Resilienz soll gestärkt werden

(BS) Innerhalb eines Jahres wurde Berlin Opfer von gleich zwei Brandanschlägen auf das städtische Stromnetz. Nun will die deutsche Hauptstadt sowohl ihre Infrastruktur als auch ihre Wirtschaft besser vor Angriffen schützen.

Laut einer aktuellen Studie des Branchenverbands Bitkom e. V. sorgen sich davor 87 Prozent der deutschen Unternehmen, dass hybride Angriffe zu einer ernsthaften Krise führen werden. Der Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst fordert aus diesem Grund: „Wir müssen die Resilienz von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft massiv erhöhen – und zwar so schnell wie möglich.“

In Berlin haben sich hierfür nun verschiedene Akteure in einer gemeinsamen Initiative zusammengeschlossen. An der Initiative beteiligt sind die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, die Industrie- und Handelskammer Berlin (IHK), die Handwerkskammer Berlin (HWK), die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) und die Berliner Wirtschaftsfördergesellschaft Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie (BPWT). Konkret sollen die Akteure künftig den Unternehmen als Partner und Erstanlaufstellen zum Thema betriebliche Resilienz zur Verfügung stehen.

### Konzept zur sicheren Telekommunikation

Mit Blick auf die Anschläge der vergangenen Jahre auf das Berliner Stromnetz betonte die Berliner Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD): „Betriebliche Resilienz in Krisenzeiten muss heute ein zentraler Bestandteil unternehmerischer Verantwortung sein.“ Für eine resiliente Wirtschaft mache gerade das Wissen um Ansprechpartner und Unterstützungsorganisationen den Unterschied aus. Bereits jetzt gebe es viele sinnvolle Angebote und Maßnahmen. „Wir wollen sie bekannter machen und mit dem Resilienz-Engagement vieler Unternehmen unseren Wirtschaftsstandort insgesamt stärker und robuster machen“, so Giffey. Auch auf die Funktionsfähigkeit von Festnetz, Mobil-



Zur KI-gestützten Videoüberwachung zum Schutz Kritischer Infrastruktur sollen inzwischen 200 Kameras installiert worden sein. Das teilte Stromnetz Berlin mit.

Foto: BS/Debarti, [stock.adobe.com](https://stock.adobe.com)

funk und Internet hatten die Stromausfälle massive Auswirkungen. Aus diesem Grund befasste sich der Berliner Senat nun mit dem „Resilienz-Konzept Mobilfunk für Berlin“. Nach Angaben der Senatskanzlei beruhe das Konzept auf den Erkenntnissen, die aus den Anschlägen und deren Bewältigung gewonnen wurden. Giffey erklärte hierzu: „Wir haben Verbesserungsbedarfe erkannt und in den letzten Monaten intensiv mit den Mobilfunkbetreibern daran gearbeitet, genau dort auch zu Verbesserungen zu kommen.“ Das Konzept – bestehend aus zwölf Maßnahmen – soll nun den Grundstein für weitere Schritte von Land, Netzbetreibern und anderen beteiligten Akteuren bilden. „Das vorliegende Konzept ist ein weiterer Baustein für ein resilientes Berlin, neben dem TOP-Konzept für mehr technischen, organisatorischen und physischen Schutz von Kritischer Infrastruktur in der Hauptstadt und unserem Resilienzkonzept für die Wirtschaft, das Unternehmen besser für Krisenfälle wappnen soll“, ergänzte die Senatorin. Für ein resilienteres Stromnetz

hat der Senat bereits vor einigen Monaten mehrere Maßnahmen angekündigt. Hierzu teilte der landeseigene Betreiber Stromnetz Berlin kürzlich mit, dass die mehr als 70 Umspannwerke inzwischen mit einem 2,40 Meter hohen Zaun mit Stacheldraht ausgerüstet wurden. Insgesamt seien auf diese Weise 20 Kilometer Zaun verstärkt oder neu errichtet worden. Außerdem schützten aktuell 130 Sicherheitsleute für Stromnetz Berlin die Infrastruktur.

### Schutz der Stromnetze

Zu dem bereits im Mai geplanten Sicherheitskonzept zum Schutz Kritischer Infrastrukturen gehören neben physischen und organisatorischen auch technische Maßnahmen. Zu den technischen Maßnahmen zählen eine verstärkte, auch KI-gestützte Videoüberwachung sowie die Schaffung sogenannter Georedundanzen, also doppelt vorhandener Systeme, die räumlich ausreichend voneinander entfernt sind, um nicht Ziel eines einzigen Angriffs werden zu können.



## Innovationszyklen beschleunigen

(BS) Geschwindigkeit ist mittlerweile das Maß aller Dinge im Sicherheitswettrennen. Feindselige Akteure setzen unbemannte Flugobjekte immer offensiver ein, wie das Beispiel der mit einer Sprengvorrichtung beladenen Drohne am Flughafen Leipzig/Halle zeigt. Schnelle Lösungen zur Detektion und Neutralisierung soll das neue Hessische Drohnenkompetenzzentrum (hdkz) am Flughafen Kassel liefern.

Dass es in der Bundesrepublik auch schnell gehen kann, stellt das hdkz schon vor seiner Gründung unter Beweis. Stolz berichtet die Direktorin des neuen Kompetenzzentrums, Prof. Dr. Michèle Knodt, dass es von der Idee bis zum Förderbescheid gerade mal sieben Monate gedauert habe. Diese Geschwindigkeit will das hdkz auch in seinen Betrieb mitnehmen. Ausgegebenes Ziel des neuen Zentrums ist es, die Innovationszyklen im Bereich der Drohnenforschung und deren angrenzender Bereiche aus Sensorik, Künstlicher Intelligenz und Kommunikation sowie die Einbringung in den Markt zu beschleunigen. „Die meist gestellte Frage lautete in Interviews vor der Eröffnung immer: Brauchen wir noch ein Drohnenzentrum? Die Antwort ist: Ja, aber wir brauchen nicht noch mehr Einzelkompetenzen“, so Knodt. Die Frage sei nicht, wo noch in kleinen Bereichen einzelne Kompetenzen aufgebaut werden müssten. Die Verantwortlichen des hdkz haben deshalb auf die Entwicklungen der vergangenen Jahre geblickt.

„Dabei schauen wir natürlich auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Wir sind hier nicht im Krieg, aber Ähnliches findet auch bei uns statt: eine hybride Bedrohung unserer Gesellschaft und unseres Staates. Gleichzeitig sehen wir eine Beschleunigung der Innovationszyklen, bei der wir mit unseren bestehenden Strukturen derzeit nicht hinterherkommen. Das heißt: Wir brauchen neue Strukturen für Innovationen im Bereich der unbemannten Systeme. Genau das war unser Ausgangspunkt“, so Knodt.

Mit dieser neuen Struktur will das hdkz Silos aufbrechen und ein Innovationsökosystem aufbauen. In diesem Ökosystem



Prof. Dr. Michèle Knodt, Direktorin des Hessischen Drohnenkompetenzzentrums, will Wissen am Zentrum bündeln.

Foto: BS/Biskup-Klawon

sollen Wissenschaft, Wirtschaft und öffentliche Anwender miteinander verbunden werden. Dazu müssten Forschung, Erprobung, Qualifizierung und Anwendung dauerhaft verbunden werden. Dazu sei auch der reale Betrieb am Flughafen Kassel wichtig.

Für die Forschung und den Transfer hat sich das Zentrum mehrere verbundene Blöcke vorgenommen. Klassisch nimmt sich das hdkz das Thema der unbemannten Luftfahrtssysteme an. Darunter fallen der sichere Betrieb außerhalb der Sichtweite (BVLOS), eine fehlertolerante Systemarchitektur, KI-gestützte Systemzuverlässigkeit und unterbrechungstolerante Kommunikationsnetze für Krisenlagen. „Viele von uns kennen sich schon lange, gerade aus dem Katastrophenschutz. Spätestens seit dem Berliner Stromausfall wissen wir: Vergessen Sie die Maßgabe, dass unsere Kommunikationssysteme zwei Stunden lang funktionieren müssen. Wenn der Strom ausfällt, besteht eben keine Kommunikationsmöglichkeit mehr – zumindest nicht mit den klassischen Systemen“, so Knodt. Weitere Punkte sind die Identifikation von unbemannten Luftfahrzeugen sowie die Sensorik. Hinzu kommt ein intelligenter Einsatzplaner. Denn wenn eine Sensorik bereits erkennen kann, dass es sich um einen Fehlalarm handelt, muss

die Drohne gar nicht erst dorthin fliegen. „Technik ist eine Sache. Aber genauso wichtig ist die Regulierung. In diesem Bereich gibt es zum Teil noch erhebliche Lücken“, mahnt Knodt. „Governance für technologische Innovation“ nennt sie das. Dort geht es um vertikale Vernetzung über verschiedene Ebenen hinweg – von der Kommune bis zur europäischen Ebene und zurück. Gleichzeitig geht es um die horizontale Vernetzung verschiedener Akteure, insbesondere wenn es um die Regulierung und den sicheren Einsatz unserer Luftfahrtssysteme geht.

„Wir leben in volatilen politischen Zeiten, in denen wir uns überlegen müssen, wie wir uns als Land aufstellen, um die Zukunft so zu gestalten, dass unsere Bürgerinnen und Bürger sich in einer Zukunft bewegen können, die für uns sicher, aber zugleich auch innovationsorientiert ist“, erklärt Prof. Dr. Kristina Sinemus (CDU), hessische Ministerin für Digitalisierung und Innovation. Drohnen seien dabei ein wichtiger Baustein. Mit dem hdkz will das Land Hessen die Lücke zwischen Forschung und Anwendung schließen. Deswegen stammen aus dem Förderbescheid für das Zentrum in Höhe von acht Millionen Euro 4,8 Millionen Euro aus dem Digitalministerium in Wiesbaden. Die weiteren 3,2 Millionen Euro werden von der EU gestellt.

# POLIZEITAGE 2026

## WIR DISKUTIEREN SICHERHEIT!

### 09.09.2026 Polizeitag Düsseldorf

- ZMZ ZWISCHEN PHASE 1 UND 2 –  
ZIVILE SICHERHEIT GEHT NUR GEMEINSAM

### 29.10.2026 Polizeitag Kiel

- INTELLIGENT UNTERWEGS –  
MOBILITÄT UND FORTBILDUNG IM WANDEL

### 03.12.2026 Polizeitag München

- TECHNOLOGIE ALS KRAFTMULTIPLIKATOR:  
MODERNE POLIZEIARBEIT TROTZ PERSONALMANGEL  
UND NEUER BEDROHUNGEN

Behörden Spiegel



Eine Veranstaltungsreihe des Behörden Spiegel und der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

[www.polizeitage.de](http://www.polizeitage.de)

#### Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Ann Kathrin Herweg, Mirjam Klinger, Scarlett Fels, Lars Mahnke, Carla Menzel, Anne Mareile Moschinski, Sven Rudolf, Frederik Steinhage. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: [redaktion@behoerderspiegel.de](mailto:redaktion@behoerderspiegel.de); [www.behörden-spiegel.de](http://www.behörden-spiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.: DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Dr. h. c. Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.